Klare Klassenfronten

Der Kuhhandel und der Schacher um die Präsidentschaftswahl ist durch die Erklärung der Kommunistischen Partei, einen eigenen Arbeiterkandidaten dem faschistischen Hindenburgblock von Wels bis Hitler entgegenzustellen, in ein neues Stadium getreten. Die Bekenntnisse der beiden Flügel der faschistischen Kapitalsdiktatur, der Hitler und Wels, wird durch die Zerstörung der Klassenfront der Arbeiterschaft durch die KPD schonungslos aufgedeckt. Bereits die Erklärung des außenpolitischen Führers Dingeldey, daß „Hindenburg für die Außenpolitik ein unerhört starker Faktor ist, und die Gestalt Hindenburgs das Symbol dafür ist, daß Deutschland nicht nur die Beute [illegible] Kräfte werde", hat bereits den wahren Charakter der Verlängerung der Präsidentschaftswahl Hindenburgs auf der Basis einer „Volksgemeinschaft" von Wels bis Hitler, zur Verschärfung des Interessenkampfes der deutschen Bourgeoisie nach innen und außen, enthüllt. Daß es eben um diese demokratische Wiederwahl Hindenburgs durch eine „Volksgemeinschaft" geht, und nicht um eine bloße Amtsverlängerung, beweist jetzt eindeutig die angebliche „Absage" der Harzburger Front. Diese „Absage" ist nämlich nichts anderes als eine Unterstreichung der diktatorischen Rolle des Reichspräsidenten als des Vertrauensmannes der herrschenden Klasse. Ausdrücklich erklärt die NSDAP in einer offiziellen Verlautbarung der Reichsleitung:

> „Adolf Hitler bemüht sich zur Zeit, die durch die gegen den Willen und ohne Schuld der NSDAP erfolgte Hineinziehung des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten (i. Ref.) in die parteipolitische Kampfatmosphäre der jüngsten Tage herbeigeführte Situation zu klären . . ."

damit wird ausdrücklich die prinzipielle Uebereinstimmung der Nationalsozialisten mit der von den Sozialdemokraten aufgestellten Forderung der Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs betont. Gröner hat bereits eine Geheimbesprechung Hitlers mit dem Staatssekretär Meißner zugesprochen, in der offenbar der NSDAP gewisse Zusagen gemacht worden sind.

Auch die demagogische Reparationserklärung Brünings, die ein neuer krampfhafter Versuch der Bourgeoisie zur Anbahnung einer aktiveren Außenpolitik ist, kommt gleichzeitig als Manöver zur Auffangung der durch die Notverordnungspolitik verelendeten Kleinbürgermassen, deren nationalistische Stimmung durch die Nazis hochgepeitscht worden ist. Bei aller „Gegensätzlichkeit" arbeiten sich die Gruppen der Bourgeoisie gegenseitig in die Hände. Und die Sozialdemokratie, ihre Häuptlinge, hat sich erneut als Steigbügelhalter und Schrittmacher erwiesen. Sie war es, die die „befreiende" Volksgemeinschaftskampagne um Hindenburg eröffnete, sie ist es, die der breiten Massenbewegung in den Betrieben gegen die faschistische Lohnabbauoffensive mit Streikbruch und Polizeigewalt entgegentritt. Sie hat ausdrücklich den bedingungslosen Block mit Hitler für Hindenburg gefordert. Jetzt, nachdem sie der herrschenden Klasse ihre hündische Ergebenheit erneut versichert hat, fühlt sich Brüning stark genug für das nationalistische Manöver. Jetzt verhandelt auch der Vertreter Hindenburgs, Meißner, zwar „geheim", aber doch ziemlich offen mit Hitler über die näheren Bedingungen, die den Youngdeutschlandknechten ihren Verrat an den Interessen der werktätigen Massen lohnend machen.

Die Sozialdemokratie findet darauf keine andere Antwort, als ein kläglisches Gewimmer, man möge doch Frankreich nicht vor den Kopf stoßen, denn die Reparationen seien ja schließlich doch zu zahlen . . . In der gestrigen Ausgabe der Dresdner Volkszeitung wird ausdrücklich betont, daß man zwar nicht augenblicklich, aber „nach Ueberwindung der Krise" durchaus in der Lage wäre, Reparationen zu zahlen. Man hütet sich wohlweislich auszusprechen, daß die Lohnabbaudiktatur gegen die Arbeiterklasse fortgesetzt wird, ganz gleich, ob Reparationen gezahlt werden oder nicht, man faselt von „Ueberwindung der Krise", um damit den Arbeitern die Unterwerfung unter das Diktat, die Tolerierung Brünings, die Hinnahme des Lohnabbaues und jetzt auch den offenen Einheitsblock mit Hindenburg und Hitler schmackhaft zu machen. Die Politik der SPD ist reinste Klassenpolitik der Bourgeoisie.

Die Kommunistische Partei, die mit dem Programm der nationalen und sozialen Befreiung der deutschen Arbeiterklasse und den mit ihr verbundenen werktätigen Schichten den einzigen Weg zur wirklichen Befreiung vom in- und ausländischen Ausbeutertum gewiesen hat, stellt mit der Aufstellung des eigenen Kandidaten die klaren Klassenfronten her. Um Hindenburg sammeln sich die Interessenhaufen der Bourgeoisie und ihre Lakaien, die Front des Arbeiterkandidaten, das ist die Front gegen die faschistische Kapitalsdiktatur, gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen Sozial- und Kulturreaktion, gegen faschistischen Terror und sozialfaschistischen Arbeiterverrat!

Für den Arbeiterkandidaten der KPD, das heißt für den revolutionären Klassenkampf, für ein freies sozialistisches Deutschland.

77 Prozent Stimmgewinn der KPD in Lippe!

Das amtliche Ergebnis

Nach dem amtlichen Ergebnis der Wahlen in Lippe-Detmold hat sich die Zahl der kommunistischen Stimmen erhöht. Das genaue Ergebnis gibt folgendes Bild; die Zahlen in Klammern sind die der letzten Reichstagswahl.

KPD	10 322	(5 867)	+ 77 Prozent
SPD	24 366	(30 142)	— 19 Prozent
Nazis	26 787	(20 516)	+ 29 Prozent
Deutschnationale . .	8 528	(7 263)	+ 19 Prozent
Zentrum	2 282	(2 618)	— 15 Prozent

Kreistag Lemgo

Kommunisten	3515	(1931)	3
Sozialdemokraten	9744	(10702)	8
Nationalsozialisten	9250	(7001)	8

Faschistischer Arbeitermord bei Pirna

Arbeiter Escherich von Nazis provoziert und durch Stiche in die Halsschlagader getötet. Unerhörte [illegible] Irreführungsversuche durch Bourgeois- und SPD-Presse. Nazikaserne in Pirna. Terrorliste einer W[illegible]

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Nacht zum Montag ist der nervenkranke Arbeiter Escherich aus Niederlelbewitz vor der Rennimannsdorfer Mühle von nationalsozialistischen Banditen beschimpft und provoziert worden, als er sich in Begleitung seines Schwagers, eines Landwirtschaftsarbeiters aus Rennimannsdorf, nach Hause begeben wollte. Als er sich gegen die Provokateure wandte, schlugen die Nazis auf ihn ein und verletzten seine Halsschlagader, so daß er tot zu Boden sank. Sein Begleiter wurde durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt und mußte sofort nach dem Pirnaer Krankenhaus transportiert werden. Der sozialdemokratische Arbeiter Röhrig, der den Ueberfallenen zu Hilfe eilte, wurde ebenfalls verletzt und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse bringt es fertig, den erschlagenen Escherich als den Urheber des Ueberfalles hinzustellen. Sie geht sogar soweit zu behaupten, der Arbeiter Escherich habe mit den Nationalsozialisten aus Rennimannsdorf den Streit angefangen, und zwar weil Escherich auf der Seite der Kommunisten, der andere jedoch zu Hitler gestanden habe. Die Presse verschweigt, daß es sich um den eigenen Schwager handelt, mit dem nationalsozialistisch Escherich befreundet war und in dessen Begleitung er sich befand. Gerade wegen dieser Entstellungsversuche der Nazibanditen herrscht unter der Arbeiterschaft Pirnas und seiner Umgebung ungeheure Empörung.

Diese Todesopfer ist nicht das Ergebnis eines zufälligen Schlägerei, sondern die bestimmende Fortsetzung des Terrorkurses der braunen Horden. Diese haben seit einiger Zeit im Café Scholz in Pirna, Dohnaischer Platz in den Räumen der ehemaligen Glasschleiferei [illegible] eine regelrechte Nazikaserne mit Betten und Schankbetrieb [illegible] gerichtet. Von dort aus werden planmäßig Ueberfälle auf Arbeiter in Pirna und Umgebung organisiert. Der Ueberfall [illegible] den Stadtverordneten Pausch liegt in derselben Linie [illegible] dieser Mord an Escherich. Hier eine Wochenliste des Naziterrors:

6. 1. 32. **Neundorf: Arbeiter Thiermann, Kurt** (RH-Mit**glied), Kopfstich; Arbeiter Dehme, Max (RH-Mitglied)**, [illegible] verletzung.

7. 1. 32. **Rottwerndorf: Arbeiter Heger, Martin** (partei[los]) **Kopfverletzung. Pirna: Gewerbetreibender Winter** (partei[los]) **Kopfverletzung; Stadtverordneter Pausch** (KPD), Kopf**verletzung.**

10.—11. 1. 32. **Rennimannsdorf: Arbeiter Escherich** (partei**los), getötet durch Kopfverletzung; Rosenlöcher** (partei[los]) **Unterleibsstich; Arbeiter Röhrig (SPD), Verletzung** [illegible] **bekannt.**

Arbeiter Pirnas! Diese Tatsachen werden von der bürgerlichen sozialdemokratischen Pressemeute nicht nur verschwiegen [illegible] zu schamloser Hetze gegen die Opfer des Naziterrors ausgenutzt. **Antwortet! Werft die Produkte der Pressagenten des [illegible] aus euren Häusern! Erweitert den Einfluß der** [illegible] **konsequent antifaschistischen Presse, die Arbeiterstimme** [illegible] **Volkszeitung.** Stärkt die Kampfreihen der Arbeiterschaft, die [revo]lutionären Massenorganisationen und die KPD! Bildet [die] rote Einheitsfront, an der der Terror des [Faschismus] und seiner Handlanger zerschellen muß!

Kampfprogramm beschlossen

Die erste Vollsitzung des Volksdelegiertenkörpers von Groß-Dresden

Gestern abend trat der Groß-Dresdner Volksdelegiertenkörper im „Herzog Albrecht" zur ersten Vollsitzung für dieses Jahr zusammen. Die Delegierten aller Berufe und Stände waren vertreten. Mit großem Interesse folgten sie den Ausführungen des Berichtenden, der in seinem Referat sachlich und in selbstkritischer Weise die vergangene Arbeit beleuchtete und gleichzeitig aufzeigte, was für vielseitige Aufgaben in der jetzigen Situation von den Volksdelegierten zu erfüllen seien.

An der Diskussion beteiligte sich eine große Anzahl Delegierter, Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Angestellte, Beamte, Intellektuelle und auch Vertreter der verschiedenen Parteien. An guten Beispielen zeigten sie, wie groß die Not und das Elend in allen werktätigen Kreisen ist, daß vielen die Erkenntnis des Kampfes gegen das bankrotte kapitalistische System kommt, und sie gewillt sind mitzukämpfen. Einstimmig erklärten sie alle, das aufgestellte Kampfprogramm zu erfüllen und ebenso einstimmig wurde die vorliegende Entschließung angenommen.

In Kampfbegeisterung kehrten die Delegierten nach ihren Stadtteilen zurück und geladen sofort die Arbeit unter den Massen aufzunehmen und den Kampf zu führen für ein freies sozialistisches Deutschland.

Gegen Notverordnung und Faschismus

Die vom Erwerbslosenausschuß im „Deutschen Haus" veranstaltete Versammlung der Erwerbslosen u. Betriebsarbeiter **Feldenaus war überfüllt. Gegen 1000 Arbeiter hatten** sich eingefun**den und zollten den Ausführungen des kommunistischen Re[ferenten] stürmischen Beifall. Eine Entschließung, die schärfsten [Protest] gegen den Notverordnungskurs der Brüningregierung und [des] Schieck-Kabinetts erhebt, wurde einstimmig angenommen.**

Ueberfüllte Massenversammlung in Radeberg

Radeberg, 12. Ja[nuar]

Gestern sprach in einer überfüllten Versammlung des [illegible] bundes im „Kaiserhof" in Radeberg der ehemalige Nazi[-] führer Müller, Magdeburg, über Hitlers Verrat am werktätigen Deutschland und für die Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei, für Arbeit, Brot und revolutionären Sozialismus. Da weit über 1000 Personen erschienen waren, [mußte] eine Parallelversammlung abgehalten werden. Unter stürmischer Begeisterung der Massen entlarvte Genosse Müller die Verräterrolle der Nazis, die im Kampf gegen die Arbeiterklasse denselben Verrat durchführen wie die SPD-Führer. Die anwesenden Nationalsozialisten wagten nicht — trotz Aufforderung — die Politik Hitlers und Mutschmanns zu verteidigen. Eine große [Menge] revolutionärer Massenliteratur wurde in den Versammlungen umgesetzt. Mehrere Arbeiter erklärten sofort ihren Eintritt [in] den Kampfbund und in die KPD.

Pensionskürzungen für sächsische Beamte

Und wieder weiß Herr Schieck von nichts

Beamte, heraus zum roten Volksentscheid! Wählt Vertreter zum Volksdelegiertenkörper

Gestern wurden wir durch die Notverordnung gezwungen, eine Gegenerklärung der Schieckregierung zur Frage der Pensionskürzungen für sächsische Beamte abzudrucken, ohne sofort erwidern zu können. Diese Gegenerklärung des Schieckkabinetts stellt den Versuch dar, die volle Mitverantwortung der sächsischen Regierung für die Abbaumaßnahmen der Brüningschen Notverordnungen abzuleugnen. Richtig ist, und wird auch zugegeben, daß bedeutende Verschlechterungen für die sächsischen Beamten durchgeführt wurden, die natürlich entscheidend **nur die unteren und mittleren Beamten in ihrer Lebenshaltung treffen.** Gleichzeitig aber sagt die Regierung: Damit haben wir nichts zu tun, wir sind hier nur ausführendes Organ der Reichsregierung. Herr Schieck macht es sich leicht. Er ist wieder einmal völlig schuldlos an der Notverordnung, aber er weiß ganz genau, wie er die Notverordnung anzuwenden hat. Er verfährt beim Abbau der Beamtenpensionen genau wie beim Lohnabbau der sächsischen Kumpels, für den die Schieckregierung bekanntlich „auch nichts konnte", aber die Notverordnung und alle ihre Maßnahmen gegen die Massenexistenz werden prompt durchgeführt. Herr Schieck war einmal Präsident des Staatsrechnungshofes. Er weiß also genau, daß auch der Ressortminister verantwortlich ist bei der Durchführung der Geschäfte um so mehr, wenn er selbst die entscheidenden Beschlüsse gebilligt hat. Nun, Herr Schieck ist ja nichts anderes als ein Ressortminister der Brüningdiktatur — **und will er etwa leugnen, daß der sächsische Vertreter, Dr. Gradnauer (Sozialdemokrat), im Reichsrat den Notverordnungen ausdrücklich gebilligt und mitbeschlossen hat?!!**

Die Erklärung der Regierung unter dem Diktat der Notverordnung beweist nur, daß unsere Stellungnahme den unteren und mittleren Beamten gezeigt hat in welche Front sie sich einzureihen haben, wenn sie um ihre Interessen kämpfen [wollen]. Die Beamtenschaft, die nicht die Verbindung mit der Arbeiterklasse verloren hat, weiß jetzt, daß die Aktion der KPD gegen den faschistischen Brüning-Schieck-Kurs in Sachsen auch ihre Angelegenheit ist. Aber nicht nur beim roten Volksentscheid, [sondern] bei allen Kämpfen um die Existenz der Massen müssen die unteren und mittleren Beamten den richtigen Platz in der Front der werktätigen Massen unter Führung der KPD beziehen. [Des]halb gilt auch für die unteren und mittleren Beamten die [Losung]: **Wählt Delegierte zum Volksdelegiertenkörper, dem Organ der Massenfront für Arbeit, Brot und Freiheit.**

Dr. Schelchers „Programm"

Auf einer Konferenz der Preisevertreter entwickelte der sächsische Preisprüfungskommissar Dr. Schelcher sein „Programm". Er hielt sich streng an die Richtlinien seines Chefs, Herrn Dr. Goerdeler, der bekanntlich erklärt hatte, daß er Preissenkungs-, sondern ein Preisprüfungskommissar ist, dem er selbst die ungeheure Ueberteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel in Sachsen zugegeben hatte, erklärte er nämlich: „Die Oeffentlichkeit erwartet von der Preissenkung [mehr,] **als sie erwarten kann und darf . . . Preissenkung** dürfe [nicht] **durch autoritative Maßnahmen**, sondern nur in Fühlungnahme mit der Wirtschaft erfolgen."

Mehr braucht auch die werktätige Bevölkerung nicht zu wissen, um die „Tätigkeit" der Herren Dr. Goerdeler und Schelcher richtig einschätzen zu können. Und dieser „Preissenkungsaktion" will der ADGB in Sachsen die freigewerkschaftlichen Proletarier als Vorspann zur Verfügung stellen! [Zur Ver]**schleierung der faschistischen Rolle des Lohnabbaues** — **nichts anderes ist die ganze „Preissenkungskampagne" der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien!**

Druckfehlerberichtigung

In unserem Freitag-Leitartikel: Die Nazis als Erzieh[ungs]objekt" hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Am Schluß des Artikels wird von der „großen Masse der proletarischen Naziauhänger" anstatt der **„proletarisierten** Naziauhänger" gesprochen.

Ein zweiter Fehler ist in den Ueberschriftszeilen der [illegible] Seite am Freitag. Es heißt dort: „Das sind die Auswirkun**gen der Diktaturmaßnahmen und der Politik des** kleineren **Uebels, der Weg zum offenen Faschismus."** Es muß heißen: **„Das sind die Auswirkungen der Diktaturmaßnahmen.** Die Po**litik des kleineren Uebels:** der Weg zum offenen Faschismus."

Thälmann über die Rolle des Zentrums

Die neue Nummer unserer theoretischen Zeitschrift „Die Internationale" ist da

Soeben ist die neueste Nummer der „Internationale" erschienen, die besonders durch den Artikel des Genossen **Ernst Thälmann „Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie"** das stärkste Interesse der gesamten Parteimitgliedschaft finden wird. Genosse Thälmann will durch die Klärung der Rolle des Zentrums dazu beitragen, nicht nur das theoretische Verständnis für die **gesamte Politik der Partei**, für ihre Beurteilung der Lage der Gruppierung der Kräfte des Klassenfeindes und der bevorstehenden Entwicklung, sowie für ihre Strategie im Kampf gegen den Klassenfeind zu vertiefen; sondern auch die ideologischen Grundlagen für die **Verbesserung unseres Kampfes gegen die Zentrumspartei** zu schaffen. Der Artikel gibt bei der Darstellung der geschichtlichen und aktuellen Rolle des Zentrums die Analyse, weshalb vorerst und auf längere Sicht die Durchführung der faschistischen Diktatur im starken Maße in den Händen des Zentrums liegen wird.

Das Heft der „Internationale" enthält ferner einen **Leitartikel** zur Lage und zu den Aufgaben der Partei nach der 4. Notverordnung. In einem Artikel **„Faschismus und Hitlerpartei"** behandelt Genosse **Werner Hirsch** die Probleme des Faschismus in sehr eingehender Weise, auf der vom Genossen Thälmann im letzten Heft vorgezeichneten Parteilinie. Eine **Vorbesprechung** des ersten Bandes des Werkes „Die Sowjetunion" von **Hermann Remmele** beschließt dieses Heft der „Internationale".

Das Heft der „Internationale" kostet jetzt nur noch 20 Pf. und ist sofort zu beziehen im Literaturvertrieb, Dresden, Rosenstraße 76.

SLUB
Wir führen Wissen.